

# PRESSEMITTEILUNG

26. Juli 2022

## Gemeinsamer Bericht von EZB und ESRB zeigt, dass klimabedingte Schocks die Finanzstabilität gefährden können

- Schocks aufgrund von Klimarisiken könnten sich im gesamten Finanzsystem ausbreiten, insbesondere bei einem ungeordneten Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft.
- Finanzmarktverluste infolge einer abrupten Neubewertung von Klimarisiken könnten Investmentfonds und Versicherer belasten und Unternehmensinsolvenzen sowie Kreditausfälle bei Banken verursachen.
- Makroprudenzielle und mikroprudenzielle Maßnahmen sollten Hand in Hand gehen, um systemische Risiken zu mindern.

**Die Europäische Zentralbank (EZB) und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB)** haben heute einen gemeinsamen [Bericht](#) über die Auswirkungen klimabedingter Schocks auf das europäische Finanzsystem veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Klimarisiken rasch ausbreiten und Unternehmen wie auch Banken beeinträchtigen können. Der Bericht verdeutlicht einmal mehr die systemische Natur von klimabezogenen Risiken und liefert die Grundlage für makroprudenzielle Gegenmaßnahmen.

In dem Bericht werden mehrere Faktoren identifiziert, die dazu beitragen können, Klimarisiken im Finanzsystem zu verstärken. So können Transitionsrisiken durch wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen zwischen Banken und Unternehmen, aber auch untereinander vergrößert werden. Beispielsweise könnte ein plötzlicher Anstieg der CO<sub>2</sub>-Preise die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Insolvenz eines Unternehmens zur Zahlungsunfähigkeit eines anderen führt. Dies gilt zwar vor allem für Unternehmen mit einem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, doch könnten auch deren emissionsärmere Geschäftspartner betroffen sein.

Zugleich können Naturgefahren, die miteinander in Wechselwirkung stehen – wie Wasserknappheit, Hitzewellen und Waldbrände –, physische Klimarisiken verschärfen, da sie gemeinsam auftreten und sich gegenseitig verstärken können. Auch die Marktdynamik kann die finanziellen Auswirkungen physischer Risiken vergrößern. So könnte ein Klimaschock eine abrupte Neubepreisung von Klimarisiken nach sich ziehen. Dadurch können Notverkäufe ausgelöst werden, bei denen Finanzinstitute – insbesondere solche mit Portfolioüberschneidungen – gleichzeitig, schnell und in großer Zahl betroffene Vermögenswerte zu stark gefallenem Preisen verkaufen.

Aus einer Szenarioanalyse geht hervor, dass sich Klimarisiken in einer bestimmten Abfolge im Finanzsystem manifestieren könnten. Zunächst könnten sich unvorhergesehene Klimaschocks abrupt auf die Marktpreise auswirken, wovon zuerst die Portfolios von Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften betroffen wären. Anschließend könnte es durch diese plötzlichen Neubewertungen zu Unternehmensinsolvenzen und in der Folge zu Verlusten bei Banken mit entsprechenden Kreditforderungen kommen. Im Szenario eines ungeordneten Übergangs, das einen sofortigen und beträchtlichen Anstieg des Preises für CO<sub>2</sub>-Emissionen unterstellt, könnten die Versicherungsunternehmen und Investmentfonds auf kurze Sicht Marktverluste in Höhe von 3 % bzw. 25 % ihrer stressgetesteten Aktiva erleiden. Ein geordneter Übergang zu Netto-Null-Emissionen bis 2050 könnte solche Schocks indes abmildern und die negativen Folgen für Unternehmen und Banken begrenzen. Die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensausfällen wäre dann im Jahr 2050 zwischen 13 % und 20 % niedriger als bei den aktuell geltenden Maßnahmen. Auch die Kreditverluste der Banken würden in diesem Szenario geringer ausfallen.

Im Bericht wird erörtert, welchen Spielraum es für makroprudenzielle Maßnahmen im Rahmen einer umfassenderen politischen Reaktion auf die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels gibt. Es wird dargelegt, wie bestehende Instrumente angepasst werden könnten, allen voran die Systemrisikopuffer und Konzentrationsschwellenwerte. Solche Maßnahmen könnten die Bemühungen auf der mikroprudenziellen Ebene ergänzen, darunter die Klimaagenda der EZB-Bankenaufsicht, zu der auch die laufende thematische Überprüfung von Klimarisiken und der Klimastresstest 2022 zählen.

Der Bericht baut auf zwei früheren von EZB und ESRB erstellten Berichten zur Überwachung von Klimarisiken auf.<sup>1</sup> Er ist Teil der [Klimaagenda der EZB](#), in der alle laufenden klimabezogenen Arbeiten einschließlich der Bemühungen zur Verbesserung der Bewertung von Klimarisiken niedergelegt sind. Dazu zählen unter anderem eine Aktualisierung des gesamtwirtschaftlichen Klimastresstests aus dem Jahr 2021 sowie die laufende Überwachung der Klimarisiken für das Finanzsystem.

---

<sup>1</sup> Siehe EZB/ESRB, [Climate-related risk and financial stability](#), Juli 2021, und EZB/ESRB, [Positively green: Measuring climate change risks to financial stability](#), Juni 2020.

Medianfragen sind an [Daniel Weber](#) zu richten (Tel. +49 172 8344 539).

**Europäische Zentralbank**

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: [media@ecb.europa.eu](mailto:media@ecb.europa.eu)

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

*Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.*